



Würde weg

Die jüngste Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts in Karlsruhe zu den »Hartz IV«-Sanktionen gilt vielen als großer Fortschritt. Allerdings wird damit das Zwangssystem festgeschrieben. Von Isabel Erdem

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 15. NOVEMBER 2019, NR. 266 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Push-Back-Kommando

Maskierte Männer weisen Geflüchtete an der griechischen Landgrenze völkerrechtswidrig zurück

3

Armut im Alter

Große Zweifel an der Umsetzung der Regierungspläne zur Grundrente. Linke kritisiert Minizuschläge

5

El Alto steht auf

Bolivians indigene Bevölkerung wehrt sich gegen den Putsch. Ein-drücke aus den letzten Tagen

7

Klub mit Sachzwängen

BRICS-Gipfel: Russland will Digitalstrategie entwickeln. China setzt auf Infrastrukturprojekte

9

Quittung aus Berlin

Immer mehr Rentner können Rechnungen nicht mehr bezahlen. Jeder zehnte Erwachsene Überschuldet. Steuerentlastung für Gutverdiener beschlossen. Von Simon Zeise

Die Bundesregierung baut ab, was auch nur nach Sozialem riecht. Am Donnerstag beschloss der Bundestag die Abschaffung des »Solidaritätszuschlages« für 90 Prozent der Einkommensbezieher ab 2021.

Im Kern ist es eine große Steuerentlastung für Gutverdiener, denn mehr als drei Viertel seines Aufkommens kommen bislang vom einkommensstärksten Fünftel der Bevölkerung. Dem Bundeshaushalt stehen dafür künftig 10,9 Milliarden Euro weniger im Jahr zur Verfügung. Geld, das für die Renovierung maroder Kitas und Schulen gut gebraucht werden könnte.

Für die Regierung Merkel ein Grund zum Feiern. Der Abbau sei möglich, weil die »Deutsche Einheit« weit vorgekommen sei, sagte Finanzminister Olaf Scholz (SPD) in Berlin. Die weitgehende Reduzierung sei »auch ein Zeichen des Erfolges des Zusammenwachsens in Deutschland«.

Für die Wirtschaft und ihre parlamentarische Rechte ist das nicht genug. Vor allem Unternehmer, Selbständige, aber auch gut verdienende Facharbeiter würden weiter belastet. »Der Soli ist somit eine Strafsteuer für die Mitte der Gesellschaft«, sagte der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven. »Dagegen muss und wird sich der Mittelstand wehren. Wir haben eine Verfassungsbeschwerde ausgearbeitet.« FDP-Chef Christian Lindner kündigte an, die Partei werde im kommenden Jahr ebenfalls eine Klage vorbereiten. »Der Soli ist eine verfassungswidrige Strafsteuer geworden«, sagte er RTL und N-TV. Wenn Scholz wolle, dass »Leistungsträger« und Wirtschaft mehr zahlen, solle er die Einkommenssteuer erhöhen. Der AfD-Poli-



Überschuldete Senioren sparen an Medikamenten, Wohnungen werden nicht mehr richtig beheizt

tiker Kay Gottschalk sprach von einer »verdeckten Vermögenssteuer«.

Gefeiert werden Scholz' Erfolge auf dem Rücken der Bevölkerung. Immer mehr alte Menschen in Deutschland

können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Innerhalb von nur zwölf Monaten sei die Zahl der überschuldeten Personen im Alter über 70 um 44,9 Prozent auf rund 380.000 ge-

stiegen, berichtete die Wirtschaftsauskunftei »Creditreform« in ihrem am Donnerstag veröffentlichten »Schuldneratlas 2019«. Seit 2013 habe sich die Zahl der überschuldeten Senioren sogar um 243 Prozent erhöht. Und auch bei den 60 bis 69 Jahre alten Menschen kämen immer mehr mit ihrem Geld nicht über die Runden. Die »Rentenreformen« der vergangenen Jahrzehnte machten sich bemerkbar, die fast durchweg auf eine Kürzung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente abgezielt hätten, heißt es im Schuldneratlas. Die wachsende Zahl unterbrochener Erwerbsbiographien und das Anwachsen des Niedriglohnssektors wirke sich aus. Auch der zum Teil dramatische Anstieg der Mieten spiele eine Rolle. Insgesamt sehe sich diese Altersgruppe einem »Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung« ausgesetzt. Über alle Altersklassen hinweg ist laut Creditreform jeder zehnte Erwachsene überschuldet.

Georg Eickel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Nordrhein-Westfalen erklärte gegenüber dpa: »Die Altersarmut nimmt seit zehn Jahren zu, und wir befürchten, dass das Thema in zehn oder zwanzig Jahren die ganze Gesellschaft überrollen wird. Spätestens dann, wenn all die 40- oder 50jährigen ins Rentenalter kommen, die wir heute beraten, weil sie in der Langzeitarbeitslosenfall oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit niedrigem Einkommen stecken.« Die betroffenen Senioren trauten sich oft nicht mehr aus der Wohnung. Krankheiten würden nicht mehr ordentlich behandelt, weil sogar an Medikamenten gespart werde, Wohnungen würden nicht mehr richtig geheizt, weil das Geld dafür nicht reiche.

Waffenruhe zwischen Israel und Islamisten



Gaza. Israel und der »Islamische Dschihad« haben sich auf eine Waffenruhe geeinigt. Diese habe am Donnerstag um 5.30 Uhr Ortszeit (4.30 Uhr MEZ) begonnen und sei durch Ägypten vermittelt worden, teilte ein Sprecher der Organisation mit. Zwar bestätigte Israels Regierung die Waffenruhe nicht offiziell, Jonathan Conricus, ein Sprecher der Armee, sagte jedoch: »Wir sind informiert worden, dass es eine Waffenruhe gibt.«

Nachdem der Militärführer des »Islamischen Dschihad«, Baha Abu Al-Ata, getötet worden war, feuerte die Organisation nach Angaben des israelischen Militärs rund 450 Raketen Richtung Israel. Tel Aviv griff Dutzende Ziele im Gazastreifen an. Die Zahl der durch israelische Luftangriffe getöteten Palästinenser im Gazastreifen stieg am Donnerstag auf 34. (dpa/JW)

Antrag: 40 Millionen für Zeitungszustellung

Berlin. Die Pläne für eine Subvention der Zeitungszustellung in der BRD werden konkreter. Dem Haushaltsausschuss des Bundestags ging am Donnerstag nach Informationen der Deutschen Presseagentur ein Antrag der Koalitionsfraktionen zu, in dem eine Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern in Höhe von 40 Millionen Euro für das Jahr 2020 vorgesehen ist. In dem Antrag heißt es, dass ein »System zur Förderung der Zustellung von Abotageszeitungen und Anzeigenblättern eingerichtet werden solle«. Ziel sei, die flächendeckende Versorgung mit Abozeitungen und Anzeigenblättern zu unterstützen, die die Verlage selbst zustellen oder deren Zustellung von Organisationen erfolgt, die die Verlage mit eigenem wirtschaftlichen Risiko mindestens anteilig führen. Die Förderung solle zeitlich begrenzt auf fünf Jahre erfolgen. (dpa/JW)

Debatte um Verkleinerung des Bundestags

Gemeinsamer Entwurf von Die Linke, Grünen und FDP: Weniger Mandate und Wahlkreise

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf wollen die Bundestagsfraktionen von Die Linke, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eine Verkleinerung des Bundestages bei künftigen Wahlen erreichen. So soll die Zahl der Wahlkreise von derzeit 299 auf 250 verringert und die Gesamtzahl der Mandate »moderat« auf 630 erhöht werden, um die Zahl der Überhangmandate zu verringern. Die Debatte um den Entwurf war für den späten Donnerstagabend angesetzt.

Zur Begründung führen die drei Fraktionen an, dass mit aktuell 709 Ab-

geordneten die Sollgröße nach Bundeswahlgesetz von 598 Parlamentariern überschritten sei. Bei einer Neuwahl könne sogar eine Mitgliederzahl von »weit über 800« erreicht werden, wie es im Entwurf heißt. Eine Änderung des Wahlrechts sei demnach alternativlos, weil »angesichts der Entwicklung der Parteienlandschaft« mit einem »über-großen und in seiner Größe unvorher-sehbaren Bundestag« zu rechnen sei. Von Überhangmandaten würde außerdem die Unionsfraktion besonders stark profitieren, wie Friedrich Straetmanns (Die Linke) im Gespräch mit jW

vom 17. Oktober erklärt hatte.

Dass Linke und Grüne mit ihrem Gesetzentwurf in die selbe Kerbe schlagen wie Peter Altmaier mit seinem Vorstoß (CDU) aus der vergangenen Woche, überrascht, da eine grundsätzliche Reduzierung der Bundestagsmandate gerade diesen beiden kleinsten Fraktionen verhältnismäßig die meisten personellen Ressourcen kosten würde. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hatte in einem Gastbeitrag in der Rheinischen Post vom 7. November vorgeschlagen, den Bundestag »alle vier Jahre um 40 Sitze«

zu reduzieren, bis eine »angemessene Zahl« erreicht sei (siehe jW vom 8.11.).

Ein Neuzuschnitt der Wahlkreise für den Bundestag schafft immer die Möglichkeit, dass sich Parteien mit einer Mehrheit im Parlament Vorteile sichern. So hatte beispielsweise die PDS im Jahr 2002 nach einer Verringerung der Bundestagswahlkreise in Berlin die Hälfte ihrer Direktmandate sowie ihren Status als Fraktion eingebüßt. Die parteipolitisch motivierte Manipulation von Wahlkreisgrenzen ist aus den Vereinigten Staaten als »Gerrymandering« bekannt. Marc Bebenroth

jW wird herausgegeben von 2.220 Genossinnen und Genossen (Stand 25.10.2019)
www.jungewelt.de/lpg

